



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 16. März 1887.

Nr. 125.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

28. Plenarsitzung vom 15. März.

Am Ministertische: Staatsminister Maybach,
Dr. v. Scholz u. A.
Präsident v. Kötter eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Eingegangen: Gesetzentwurf betr. die Ver-
längerung der im § 7 des Gesetzes betr. Ergän-
zung und Abänderung der Bestimmungen über die
Aussonderung des steuerartigen Theils aus den
sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz
Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1885 festgesetz-
ten Frist; Rechnungen der Kasse der Oberrech-
nungskammer für 1885—86.

Der Gesetzentwurf betr. das Verfahren bei
Vertheilung von Immobilienpreisen im Geltungs-
bereich des rheinischen Rechts wird ohne Debatte
in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzent-
wurfs betr. die weitere Herstellung neuer Eisen-
bahnlagen für Rechnung des Staats und son-
stige Bauausführungen auf den Staatsbahn-
bahnen.

Bei der für die Strecke Terepol—Schwep
ausgeworfenen Summe von 370,000 Mark bittet
Abg. Dr. Wehr (Kreuz-Krone, freil.) den
Minister, diese Bahn, für welche dankenswerther
Weise schon die Vorarbeiten gemacht sind, wenn
irgend möglich, noch im Laufe dieses Sommers
auszuführen. Es handle sich um schwerwiegende
Interessen, in Sonderheit um die Existenz einer
Zuckerfabrik, welche von dortigen Landwirthen er-
baut worden ist, und es gelte hier in Wahrheit
der Satz: „Wer schnell giebt, glebt doppelt.“

Die Position wird bewilligt, die folgenden
werden nicht beanstandet.

Gelegentlich der von Bergen auf Rügen
einerseits nach Crampas-Sahnis, andererseits nach
Lauterbach in Aussicht genommenen Strecke glebt
Abg. Lucius (Erfurt, freil.) dem drin-
genden Wunsch Ausdruck, daß bei Sahnis oder
Crampas recht bald wenigstens ein Nothhafen im
Interesse der Hochseefischerei angelegt werde.

Für den Bau einer Bahn von Brataun nach
Zorgau sind 2,800,000 Mark ausgeworfen.

Abg. v. Nauckhaupt vertritt hierbei die
in einer Petition der städtischen Behörden zu
Düben gewünschte Bahnverbindung von einem
Punkte der projektirten Linie, Bressch bzw.
Schmiedeberg, über Düben nach Eilenburg.

Die Budgetkommission (vertreten durch Abg.
Jmwall) beantragt, diese Petition der Staats-
regierung als Material für eine demnächstige wei-
tere Vorlage, betr. Ausdehnung des Sekundär-
bahnnetzes zu überweisen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) bittet, die
Bahntrasse so zu legen, daß die von der Stadt
Bressch ausgesprochene Bitte, den Ort möglichst
nahe zu berühren, erfüllt werde.

Geb. Rath Nicker: Die Bahntrasse ist
endgültig noch nicht festgestellt, indessen läßt sich,
so weit dies bis jetzt möglich ist, sagen, daß die
Entscheidung voraussichtlich im Sinne der Peten-
ten ausfallen wird.

Die Position wird bewilligt und der Antrag
der Budgetkommission angenommen.

Von Euskirchen nach Münsterfeld ist eine
Bahn projektirt und die Summe von 1,136,000
Mark ausgeworfen.

Abg. Berger legt bei dieser Gelegenheit
der Regierung den weiteren Ausbau einer Eifel-
bahn dringend ans Herz und spricht die Hoffnung
aus, daß schon die nächste Eisenbahnvorlage das
Projekt einer südlichen Eifelbahn enthalte. Was
die Staatsregierung bis jetzt für die Eifel ge-
than, sei von großen Erfolgen gekrönt gewesen,
der Nothstand sei aber dadurch noch nicht ge-
hoben und er bitte die Regierung um wei-
tere Betätigung ihrer Fürsorge für die Eifel-
egend.

Minister Maybach versichert die unver-
minderte Theilnahme und Fürsorge der Staats-
regierung für die Noth der Eifelgegend und
spricht die Erwartung aus, daß es möglich sein
werde, mit der nächsten Vorlage über Eisenbahn-
bauten wiederum auch der Eifel etwas zuzukommen
lassen zu können.

Abg. Mooren (Zentr.) spricht dem Mi-
nister seinen Dank für diese Zusage aus.

Die Forderung wird bewilligt.

Bei der Linie von Dülken nach Brügge
(200,000 Mark) bemerkt

Abg. Hise, daß im Interesse der Textil-
industrie der Anschluß nach Gladbach vorthell-
hafter wäre. Doch könne er sich auch mit diesem
Projekt einverstanden erklären.

Abg. Fröhen (Zentr.) erklärt sich gegen
den Wunsch des Vorredners. Für einen An-
schluß nach Gladbach liege kein Bedürfnis vor.

Die Forderung wird bewilligt.
Für die Strecke Linder—Heinsberg werden
850,000 Mark verlangt.

Abg. Janssen (Aachen, Centrum) spricht
dem Minister seinen Dank für dieses Projekt aus,
wünscht aber auch die Anlage einer Linie Lin-
dern—Zülich.

Die Forderung wird bewilligt.
Zur Anlage einer Hafenbahn in Apenrade
werden 60,000 Mark gefordert.

Abg. Jürgensen (natl.) wünscht direkte
Verbindung von Apenrade mit dem Westen oder
Nordwesten, um der Konkurrenz Rendsburgs be-
gegnet zu können.

Die Forderung wird bewilligt.
Zur Erweiterung des Bahnhofs Königsdorf
werden 260,000 Mark gefordert.

Abg. Trimborn spricht seine Freude über
diese beabsichtigte Erweiterung aus. Seit Anlage
der Eisenbahn habe sich der Verkehr in Königs-
dorf außerordentlich verstärkt, auch seien in der
Nähe mancherlei industrielle Unternehmungen ent-
standen.

Die Summe wird bewilligt.
§ 1—3 werden ohne Debatte genehmigt.

§ 4 bestimmt, daß die Regierung bestat-
ten soll, bei allen Staatsbahnen nicht nur be-
wegliche Eisenbahnbestände, sondern auch un-
bewegliche ohne Zustimmung des Landtags zu
veräußern, insofern als dieselben nach der Erklä-
rung des Ministers der öffentlichen Arbeiten für
den Betrieb der betreffenden Eisenbahn entbehrlich
sind. Diese Anordnung soll auch rückwirkende
Kraft haben.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) erklärt es
für wichtiger, wenn sich die Kommission über eine
bestimmte Werthangabe des zu veräußernden Ma-
terials einigsetzt hätte. Von einem Antrag in
dieser Richtung sehe er seinerseits ab, weil der-
selbe aussichtslos sei.

Abg. Berger (Witten, lib.) empfiehlt die
Annahme des Kommissions-Beschlusses.

Gesamrath Gleim erklärt, daß die Re-
gierung mit der von der Kommission vorgeschla-
genen Fassung einverstanden sei.

§ 4 wird hierauf in dieser Fassung ange-
nommen.

Bei § 5 bittet Abg. Knebel (natl.), nach-
dem der Minister vorher der Eifel gegenüber sein
Wohlwollen bekundet habe, in gleicher Weise auch
für den Hundsrück zu sorgen.

Der Rest des Gesetzes wird hierauf ange-
nommen.

Es folgt die zweite Berathung des Geset-
zentwurfs betr. den weiteren Erwerb von Privat-
bahnen für den Staat.

Abg. Dr. Wehr (Dt.-Krone, freil.), be-
dauert, daß die Vorlage nicht noch weitere Bah-
nen umfasse. Es sei das aber nicht Schuld des
Ministers, der vielmehr den betreffenden Aktien-
gesellschaften hinreichende Angebote gemacht habe.
Die Aktionäre klagten es jetzt sicherlich, die ge-
machten Offerten nicht angenommen zu haben,
sondern den üblichen Rathschlägen der Börse ge-
folgt zu sein. Wenn die Aktionäre nunmehr
Schaden erlitten, so sei das also nicht Schuld der
Regierung, sondern der Rathgeber, denen sie ge-
folgt seien. (Sehr richtig! rechts.)

Die Vorlage wird hierauf unverändert an-
genommen.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Eisen-
bahnvorlagen; Gesetzentwurf betreffend die Kan-
ton-Gefängnisse in der Rheinprovinz; kleinere
Vorlagen.

Schluß 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. März. Noch läßt sich keine
Klarheit darüber gewinnen, ob die gegen den
Zaren geplante, aber rechtzeitig entdeckte Ver-

schwörung wieder von den Nihilisten ausging und
lediglich die Ermordung des Monarchen zum Ziel
hatte, oder ob andere Volkselemente an dem Unter-
nehmen theilhaftig waren, und dieses letztere selbst
auch auf ein anderes, ohne Blutvergießen zu er-
strebendes Ziel gerichtet war. Nach einer der
Bestätigung noch bedürftigen Wiener Meldung
der „Times“ wäre die in Petersburg entdeckte
Verschwörung auf den Sturz des Absolutismus
und die Einführung einer Konstitution gerichtet
gewesen. Die Verschwörer seien keine Nihilisten,
sondern hochgestellte Großgrundbesitzer; ihr Plan
sei nicht gewesen, den Zaren zu ermorden, sondern
ihn zu zwingen, zwischen dem Erlasse einer Kon-
stitution und der Abdankung zu wählen.

Ein Telegramm aus London ergänzt diese
Meldung:
„Times“ und „Daily Chronicle“ melden
gleichartig aus Wien:

„In Rußland wurde eine weitverzweigte
Verschwörung zum Umsturz des autokratischen Re-
giments und zur Errichtung des Verfassungs-
staates entdeckt. Der Verschwörer gehören zu-
meist den besten Klassen an; Nihilisten sind keine
unter ihnen. Zahlreiche Verhaftungen haben
stattgefunden.“

Mit dieser Meldung steht freilich im Wider-
spruch, daß Personen verhaftet wurden, welche
Sprengstoffe bei sich hatten, und daß diese Ver-
haftungen auf einer Straße stattfanden, welche
der Zar und die Zarewina einschlagen sollten.
Nach dem „Standard“ wurden 6 Studenten mit
Sprengstoffen vor dem Antikow-Palais arretirt.
Wenn es sich um eine Verschwörung handelte,
so wäre Ael eine unblutige Revolution war, so
waren auch diese mutmaßlichen Sprengbomben-
werfer überflüssig; man müßte denn annehmen,
daß dieselben nur auf die Straße geschickt gewesen
seien, um den Zaren einzuschüchtern.

Der offizielle Petersburger Telegraph schweigt
natürlich noch; es liegt nur eine Depesche vor,
welche die Meldung des „Regierungsanzüglers“
übermittelt, daß am 13. März, 2 Uhr Nachmit-
tags, der Kaiser und die Kaiserin nebst den
Mitgliedern des kaiserlichen Hauses der Seelen-
messe für den Kaiser Alexander II in der Peter-
Pauls-Kathedrale beiwohnten, daß ferner an dem-
selben Tage um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags die Ma-
jestäten mit dem Großfürsten-Thronfolger und den
übrigen Kindern nach Gatschina übersiedelten.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat
dem Hamburger Senat anlässlich des Ablebens
des ersten Bürgermeisters Dr. Kirchenpauer ein
Beileidschreiben übersandt, in welchem derselbe in
anerkenntnissvollen Worten seiner persönlichen Bezie-
hungen zu dem Verstorbenen gedenkt.

Ultramontane Blätter rechnen es dem
Prinz-Regenten von Baiern hoch an, daß er den
Erzbischof Steigelt von München mit Ueber-
springung eines Grades zum Groß-Komthur des
Jubiläum-Ordens der bayerischen Krone er-
nannt hat.

Die englische Regierung hat die Ver-
stärkung der Schlagfertigkeit der britischen Armee
bereits in Angriff genommen. Im Unterhause
erklärte gestern bei der Berathung des Militär-
Etats der Staatssekretär des Krieges, Stanhope,
die Mittel zur Vertheidigung des Landes hätten
eine wesentliche Besserung erfahren, so daß er
hoffe, bald im Stande zu sein, im Nothfalle ein
vollständiges Armeekorps in kürzester Frist ein-
schiffen zu können. Gleichwohl halte er die vor-
genommenen Verbesserungen noch nicht für aus-
reichend. Ueber die Wahl eines Repetiergewehres
hoffe er in den nächsten Wochen eine Entschei-
dung herbeigeführt zu sehen, das Heer müsse
dann schleunigst mit demselben ausgerüstet wer-
den, dasselbe müsse ein Gewehr erhalten, das in
seinen Leistungen demjenigen jeder anderen Armee
überlegen sei. Die von der Regierung geforderte
Heeresgröße und der Betrag der Löhnung wurden
vom Hause genehmigt.

Herr von Lesseps ist gestern Abend wie-
der in Paris angekommen. Einem der „Voss.
Ztg.“ von dort zugehenden Privat-Telegramm
zufolge sagte er den zahlreichen Interviewern un-
gefähr gleichlautend Folgendes:

„Ich fasse meine Berliner Eindrücke in ein
Wort zusammen: Es ist der Friede. Ich hatte
keinerlei politische Sendung und mit der deutschen
Regierung nichts zu unterhandeln; ich wollte

nur die Stimmung kennen lernen und bin ent-
täuscht. Ich wußte, daß bei uns Niemand den
Krieg will, ich weiß jetzt, daß in Berlin alle
Welt den Frieden will, und es ist eine große
Freude für mich, meinem Lande diese frohe Bot-
schaft zu bringen. Ja wohl, alle Welt will den
Frieden, Fürst Bismarck wie die anderen. Er
hat mich zweimal empfangen und mir einmal
einen Gegenbesuch gemacht; ich war beglückt
von seiner loyalen, klaren Sprechweise und seinem
warmen Wohlwollen. Er hatte sich von den Ab-
sichten und Plänen unserer Regierung eine unge-
naue Vorstellung gemacht und schrieb und ge-
heime Vorfälle zu, die ihn ungeduldig machten,
aber die ehrlichen Aufklärungen unseres Bot-
schäfers haben den Reichskanzler zufrieden gestellt,
der über Herbede äußerte: „Er hat seine, ich
gestehe es heute, schwierige Aufgabe vortrefflich
erfüllt. Nie war ein Botschafter offener, ehr-
licher, bestimmter. Ich schätze ihn hoch und bin
glücklich, Ihnen zu wiederholen, daß Dank ihm
gegenwärtig Alles geschlichtet ist.“ Ueber sein
Erscheinen bei Hofe sagte Lesseps: „Die Kaiserin
sagte mir in ihrer edlen, gewinnenden Art: „Ich
beschäftige mich nicht mit Politik, freue mich aber,
einen Franzosen zu sehen. Ich liebe Ihr schönes
Land und wäre glücklich, wenn Frankreich und
Deutschland in gutem Einvernehmen lebten, wie
der Kaiser und ich es wünschen.“ „Der Kai-
ser“, fuhr Lesseps fort, „hat dieselben ausgezeich-
neten Absichten. Seine Gesundheit ist vortrefflich;
ich sah ihn ununterbrochen die Treppe hinauf- und
herabsteigen, eigenhändig einen schweren Armstuhl
zurechtrücken. Den Händedruck, mit dem er mich
beehrte, fühlte ich kräftig und warm. Er unter-
hielt ein stundenlanges Gespräch über den Pa-
nama-Kanal und andere Angelegenheiten mit
gleichmäßigem, lebendigen Interesse. Kurz, ich
begreife gewisse allarmirende Gerüchte nicht. Auch
der kaiserliche Herr gab mir die Versicherung, daß
er den Frieden wolle und auch die früheren
nothwendigen Kriege nur mit schmerzlicher Selbst-
überwindung geführt habe. Auch über das Aus-
sehen Berlins äußerte sich Lesseps überrascht
und bewundernd.“

Ueber die Vorgeschichte der letzten Mi-
litäremente in Bulgarien geht der „Pol. Korr.“
aus Sofia eine „authentische Darstellung“ zu,
aus deren Inhalt der „Voss. Ztg.“ ein Wiener
Privattelegramm folgende Einzelheiten mittheilt.
Die Emute kam darnach der bulgarischen Re-
gierung keineswegs unerwartet. Die Regierung
hatte vielmehr ziemlich genaue Kunde von den
Vorbereitungen für die Revolte. Seit mehr als
zwei Monaten wußte man in Sofia von dem
Bestande eines revolutionären Komitees in Bu-
larest, welches auf die Herbeiführung von Un-
ruhen in Bulgarien hinarbeitete und über bedeu-
tende Geldmittel für diesen Zweck verfügte.
Dieses Revolutions-Komitee versandte lithogra-
phische und gedruckte Zirkulare, sowie Privatbriefe
an Offiziere der verschiedensten Garnisonen Bul-
gariens, in welchen die Empfänger zum Abfall
von der Regierung aufgefordert wurden. In
den von Banderew unterzeichneten Briefen wurde
den Offizieren für den Fall, daß der Aufstand
gelingen, ein rasches Avancement versprochen, Jenen
aber, die sich dem Aufstande nicht anschließen,
sowie überhaupt den Garnisonen, welche der
Regentschaft treu bleiben würden, wurde Ver-
nichtung angedroht. Vielen Briefen waren meh-
rere hundert Rubel beigegeben und die Em-
pänger dieser Summen wurden eingeladen, nach
Rumänien zu kommen, wo sie bis zum Sturze
der gegenwärtigen bulgarischen Regierung und
bis zur Herstellung einer Neuordnung der Dinge
aus der reichdotirten Kasse des revolutionären
Komitees ihre vollen Gehälter beziehen würden.
Offiziere, welche auf diese Weise geködert werden
sollten, haben die übersendeten Geldbeträge hu-
manitären Vereinen zugewendet und die Briefe
dem Kriegsminister Oberst Nikolajew überreicht.
Der Kriegsminister wird die Briefe in nächster
Zeit der Öffentlichkeit übergeben.

Ausland.

Brüssel, 14. März. Nachdem nunmehr die
„letzte“ Leiche — die einhundert und elfte —
aus dem Grundwasser der Grube Sainte Döstrée
herausgezogen worden, lassen sich endlich die Er-
gebnisse dieses Gruben-Ünglücks zusammenfassen.
Es sind aus der Grube 8 Verwundete und 111

Todte herausbefördert worden; da von den Ersteren 2 verstorben, so stellt sich die Zahl der Todten auf 113. Unter diesen befinden sich 10 Frauen, 10 Kinder von 13—16 Jahren, 20 junge Leute von 16—20 Jahren, darunter 8 junge Mädchen. Unter den noch am Leben befindlichen Verwundeten befinden sich 2 Kinder von 12 und 13 Jahren. Schärfer als durch diese Zahlen können die Zustände in der belgischen Kohlenindustrie nicht beleuchtet werden, aber an eine Besserung derselben ist sobald nicht zu denken. Die „nationale“ Industrie fordert, daß der Selbstkostenpreis, um der ausländischen Konkurrenz wirksam entgegen zu treten, möglichst niedrig ist, also, heißt es, ist Frauen- und Kinderarbeit in den Gruben unentbehrlich. Die Verhältnisse im weiten Bassin Borinage sind in Folge dessen geradezu trostlos. Neun Zehntel dieser ärmsten Bevölkerung Belgiens wächst ohne jede Schulbildung auf; ihre einzige Beschäftigung und ihre alleinigen Kenntnisse beschränken sich auf die Kohlenarbeiten; für jede andere Arbeit geht ihnen alles Verständnis ab. Keine belgische Regierung hat es bisher der Mühe für werth gehalten, für eine bessere Bildung dieser Bevölkerung zu sorgen, und so verdammt sie immer mehr. Bis gestern waren dem Zentralkomitee in Mons, dessen Vorsitzender der Gouverneur des Hennegau, Herzog von Ursel, ist, für die Hinterbliebenen der Opfer 70,000 Frs. zugegangen, aber die Sammlungen gehen im ganzen Lande fort; in allen Kirchen wird gesammelt; die Zeitung „L'Etoile“ allein hat schon 32,000 Franks zusammengebracht. Auf Anweisung des Kriegsministers veranstalteten alle Militärkapellen Wohlthätigkeitskonzerte. Aber auch hierin zeigt sich die Unfertigkeit der belgischen Arbeiterverhältnisse; hätte man eine gefühlvoll gesicherte Fürsorge für die Arbeiter, wären diese nicht auf den guten Willen der industriellen Gesellschaften angewiesen, so brauchte man nicht von staatlicher und privater Seite in dieser Weise die öffentliche Wohlthätigkeit anzurufen, denn militärische Kelterfeste unter Theilnahme des Hofes, Maskenbälle, Maskenaufzüge „zu Gunsten der Opfer“ machen diesem Unglück gegenüber doch einen wenig würdigen Eindruck.

London, 12. März. Zu den erfreulichen Ergebnissen des Bismarck'schen Wahlsieges gehört die ungeheure Befriedigung Englands über den Ausfall der gestrigen Abstimmung im Reichstage. Sogar die „Daily News“, welche anfänglich hinter Bismarck's Septennatgesetz nur Wahlmänner und offene Kriegsbildung witterte, schwankt mit folgenden Worten ein: „Bismarck's Sieg muß mit allgemeiner Befriedigung begrüßt werden. Die deutsche Nation hat in ihrer Gesamtheit die Schlage klüger beurtheilt als die Freisinnigen und sich dafür entschieden, daß es für das Vaterland wichtiger sei, einem Angriffe Frankreichs oder Russlands gewachsen zu sein.“ Der „Daily Telegraph“, stets deutschfreundlich, stellt sich auf einen hohen Standpunkt: „Die meiste partei politische Bismarck“ — sagt er — „hat Frankreichs Abneigung gegen den Krieg und Russlands Fäktis zugleich aufgedeckt; und die Zeit hat dafür gesorgt, daß im Orient die Dinge sich ohne militärischen Eingriff einten.“ Die „Morning Post“ zieht die Erneuerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien in ihre Betrachtung und sagt: „Wenn etwas im Stande ist, Rußland von der Verfolgung panslawistischer Pläne abzufahren, so ist es der Gedanke, daß die russischen Legionen die vereinten Schaaren der drei Monarchien sich gegenüber finden werden.“ Der in letzter Zeit uns übelgelaunte „Globe“ schreibt wie die „Daily News“: „Sowohl Deutschland als Europa haben sich zu der gestrigen Abstimmung zu beglückwünschen. Die Berufung aus deutsche Volk hat bewiesen, daß es die Reichseinheit nicht durch Parteiwirren beeinträchtigen lassen will. Und für Europa ist es sehr wünschenswert, daß die Regierung, welche die stärkste und konservativste Macht auf dem Festlande darstellt, von der tatsächlichen Einstimmigkeit ihres Volkes unterstützt werde. Von jedem Standpunkt aus, mit Ausnahme des anarchistischen, ist also Bismarck's Triumph befriedigend.“ Ein beachtenswertes Endurtheil über den deutschen Wahlkampf giebt die „Times“ in einem besondern Artikel über „die Parteien im deutschen Reichstage“ ab. In der beigegebenen Wahlkreisliste stellt sie die Konservativen und die Nationalliberalen mit derselben weißen Farbe dar, „weil letztere sich immer mehr in Reichsfragen nach rechts neigen. Es war diese Partei stets das Salz des Reichstages, die Partei der aufgeklärten Grundsätze und des unbegrenzten Patriotismus; sie wird im neuen Reichstage das Rückgrat der Regierungunterstützung bilden. Am meisten haben die Freisinnigen verloren, die sich die deutschen Freisinnigen nennen, aber nichts weiter sind, als eine Verbindung von Radikalismus und Verschleppungsgelüste, stets — den Worten des Kanzlers zufolge — bestrebt, alles, was Deutschland groß und einig gemacht, anzuschauen. Diese systematischen Gesandtenverscherlepper, Bill-blocker, sind jetzt vernichtet und zu einer Fraktion sechsten Ranges herabgedrückt. Der Geist der Partei drückt sich in der von Eugen Richter gegründeten freisinnigen Zeitung aus; ihr Ton ist hoffnungslos vernünftig, schwächlich und gemein.“ Von den Sozialisten sagt die „Times“, daß sie aus Sachsen wie mit einem Besen hinausgekehrt wurden. Die Bedeutung ihres allgemeinen Stimmengewinnes sei mehr augenfällig als tatsächlich, denn niemals vorher habe die Theilnahme an der Abstimmung eine solche Höhe erreicht, wie bei den letzten Wahlen. Denn während von allen Wäh-

lern im Jahre 1871 nur 52 Prozent, 1874 62 Prozent, 1878 63 Prozent, 1881 58 Prozent und 1884 62 Prozent stimmten, gingen in diesem Jahre 70 Prozent zur Wahlurne. Ueberblickt man die Gesamtprozent Großbritanniens, so darf man sagen, daß alle anständigen und wichtigeren Blätter den Sieg Bismarck's als einen Sieg des europäischen Friedens feiern, während die ultraradikalen und sozialistischen Zeitungen, welche das starke republikanische Frankreich gegen das monarchische Deutschland aufstellten, für Windthorst und Richter eine Zäure des Mitleids weinen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. Der 13. pommerische Provinziallandtag wurde gestern Mittag 12 Uhr im Sitzungssaale des hiesigen Landhauses durch den Oberpräsidenten Grafen Behr-Regendanz mit folgender Rede eröffnet:

„Meine hochzuverehrenden Herren! Nachdem Se. Majestät der Kaiser und König geruht haben, den 13. Provinziallandtag der Provinz Pommern auf heute zu berufen, heiße ich Sie beim Beginne Ihrer diesjährigen Arbeiten wiederum aufs herzlichste willkommen. Was die von Ihnen im verflossenen Jahre gefaßten Beschlüsse anbelangt, so ist der am 10. März v. J. von Ihnen beschlossene Anleihe von 2,000,000 M. die landesherrliche Genehmigung durch Allerhöchste Privilegium vom 30. August v. J. nach Maßgabe des vom Provinzial-Ausschusse gestellten Antrages erteilt. Dagegen ist der Erlaß der von Ihnen begutachteten neuen Allerhöchsten Verordnung betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes für die Provinz Pommern bisher noch nicht erfolgt, aber in nicht ferner Zeit mit Sicherheit zu erwarten. Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, welcher, wie Ihnen bereits bekannt ist, der Obstkultur seine besondere Fürsorge zuwendet und auch für unsere Provinz weitere Mittel zu bewilligen willens ist, erbittet von Ihnen Beihilfen von 230 M. und 220 M. zur Veranstaltung von Obstbaulehrgängen in Eldena und Köslin. Da die Haupt-Direktoren des baltischen Zentral-Vereins und der pommerischen ökonomischen Gesellschaft die Bewilligung dieser Summe dringend befürworten, darf ich dieselbe wohl um so mehr erhoffen, als andere Provinzen erheblich höhere Beträge zahlen. Die Gewerbekammer für die Provinz Pommern ist, nachdem Sie für deren Bedürfnisse zunächst die einmalige Summe von 5000 M. bewilligt, und nachdem der von Ihnen bevollmächtigte Provinzial-Ausschuss die Wahlen vollzogen, am 15. November v. J. eröffnet und am 1. März v. J. zu einer weiteren dreitägigen Sitzung zusammengetreten, welche den erfreulichen Verlauf nahm und in sehr lebhaften, anregenden und eingehenden Debatten wichtige Anträge und Beschlüsse herbeiführte. Indem ich dem Herrn Landes-Direktor und dem Provinzial-Ausschusse namens der Staateregierung den wärmsten Dank dafür ausspreche, daß die für die Bedürfnisse der Gewerbekammer erforderlichen Mittel in das Ordinarium des Etats eingestellt sind, empfehle ich deren nunmehr dauernde Bewilligung Ihrem besondern Wohlwollen. Im Uebrigen nimmt die königliche Staateregierung Ihre Mitwirkung nur noch für die Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Bezirkskommission für die klassifizierte Einkommensteuer für den Regierungsbezirk Stettin und eines Mitgliedes derselben Kommission für den Regierungsbezirk Köslin in Anspruch. Von den Ihnen seitens des Provinzial-Ausschusses gemachten Vorlagen erwähne ich die Entwürfe von Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzial-Beamten und für die Verwaltung der Irren-Anstalten des Provinzial-Verbandes, welche Ihnen gedruckt vorliegen, und deren Beratung nächst dem Etats- und Rechnungssachen Ihre Hauptbeschäftigung sein wird. Ihrer besonderen Berücksichtigung empfehle ich endlich die Gewährung einer Beihilfe zu den Unterhaltungslosten einer in Demmin zu errichtenden landwirtschaftlichen Winterschule, welche sich als ein wirkliches Bedürfnis herausgestellt hat und von welcher die bäuerlichen Besitzer des westlichen Theiles unserer Provinz wesentliche Vorteile bei der künftigen Handhabung des kleineren landwirtschaftlichen Betriebes erhoffen. Da die sechs-jährige Amtsdauer, für welche der Herr Landes-Direktor am 28. Juni 1881 gewählt worden ist, im Laufe des Sommers ihr Ende erreicht, so wird Ihnen die Neuwahl eines Landes-Direktors obliegen. Da die Selbstverwaltung der Provinz sich des Vorzuges erfreut, die Führung ihrer Geschäfte in der Hand eines Mannes zu wissen, welcher die seltenen Gaben und völliger Hingabe an den freiwillig erwählten Dienst unter vollster Anerkennung der ganzen Provinz die ihm zugewallene schwierige Aufgabe auf das Erfolgreichste löst, so wird gewiß ganz Pommern sich einmütig in dem Wunsche begehen, daß es gelingen möge, den Herrn Landes-Direktor noch lange an das von ihm so segensreich verwaltete Amt zu fesseln. In dem laufenden Jahre erlöschen auch die Vollmachten, welche Ihnen, meine hochzuverehrenden Herren, durch die Wahlen zu Abgeordneten zum Provinziallandtage erteilt sind. Aber auch von Ihnen nehme ich keinen Abschied, da ich der Hoffnung lebe, daß, wenn Gott uns ferner Leben und Gesundheit schenkt, ich Sie im nächsten Jahre vollständig an dieser Stelle wieder begrüßen werde. Hochzuverehrenden Herren! Möchte der Geist der Eintracht, welcher stets Ihre Beratungen auszeichnete, auch gegenwärtig unter Ihnen walten und möchte der Geist hingebender Vaterlandsliebe und

unverbrüchlicher Treue für Se. Majestät gegenwärtig doppelt freudigen Ausdruck erlangen, da wir nicht nur im Begriffe stehen, mit ganz Deutschland am 22. d. M. ein Fest sonder Gleichen zu begehen, sondern da wir Pommern in diesem Herbst auch die Ehre haben sollen, unseren geliebten Herrn feierlich zu empfangen. Mit diesem herzlichsten Wunsche erkläre ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs den 13. Provinzial-Landtag der Provinz Pommern für eröffnet.“

Herr Justizrath Schwegler-Kammin als Alterspräsident brachte sodann ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus und erfolgte hierauf die Bureauwahl, bei welcher zum Vorsitzenden Herr Wirkl. Geh. Rath v. v. Köller-Kantred und zu dessen Stellvertreter Herr Oberbürgermeister Haken-Stettin wieder- und zu Schriftführern die Herren Bürgermeister Pförtner-Dramburg, Bürgermeister Kleinfeldt-Ugedom, Rittergutsbesitzer v. Platen-Benz und Landrath v. v. Bersen-Krampejnen gewählt wurden. Es kam demnächst ein Antwortschreiben des Kronprinzen zur Verlesung, welches auf die im vorigen Landtag gelegentlich des 25-jährigen Jubiläums des Kronprinzen als Statthalter der Provinz Pommern beschlossene und abgesandte Glückwunschkarte eingegangen ist; dasselbe lautet wie folgt:

„Die freundlichen Glückwünsche, welche der zu Stettin versammelte Provinzial-Landtag aus Anlaß meines 25-jährigen Jubiläums als Statthalter Pommerns mir noch nachträglich dargebracht hat, verpflichten mich zu herzlichem Danke. Durch die Kundgebung ward ich um so mehr erfreut, als ich in ihm eine Bestätigung der treuen und anhänglichen Gefinnung erblicke, von welcher die Provinz mir während des letzten Vierteljahrhunderts so vielfache und werthvolle Beweise gegeben hat. Wenn ich mich auch in der Zukunft eine wahre Befriedigung gewahren wird, meine innigen Beziehungen zu Pommern zu pflegen und gleichzeitig das warme Interesse zu betheiligen, welches ich der Provinz wie ihren Bewohnern unverändert bewahre. Berlin, den 19. März 1886. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Statthalter von Pommern. An den Vorsitzenden des Provinzial-Landtages von Pommern, Mitglied des Staatsoberhauses, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer Herrn v. Köller.“

In der Woche vom 6. bis 12. März sind hieselbst 32 männliche und 27 weibliche, in Summa 59 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter: 24 Kinder unter 5 und 15 Jahren über 50 Jahre. Von den Kindern starben 8 an Diphtheritis und 1 an Scharlach, von den Erwachsenen starben 11 an Scharlach, 1 an Diphtheritis und 1 an Wochenbettfieber.

Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 15. März. — Eine Anklage auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes war gegen den Fleischermeister Joh. Friedrich Hohn von hier gerichtet. Bei demselben fand am 16. September v. J. in dem in Grünhof belegenen Geschäftsbüro eine Revision statt, bei welcher eine Kalbskeule mit Beschlag belegt wurde, die einen üblen Geruch hatte und nach Ansicht des Herrn Veterinär-Assessors gänzlich verdorben und zum Genuß für Menschen nicht mehr geeignet war. Hohn wurde deshalb heute wegen fahrlässigen Fehhaltens von verdorbenen Nahrungsprodukten zu 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Der Rentier J. Sch. ist Besitzer eines Hauses in der Schillerstraße, scheint aber nicht mit allen seinen Mietnern im besten Einvernehmen zu stehen, da er schon wiederholt mit denselben Prozesse führte. Im Juli v. J. erhielt Sch. ein Paket durch die Post zugesandt, in welchem sich zwei Schrauben befanden, außerdem ein Schreiben, in dem in wenig schmeichelhafter Weise für Sch. die Verwendbarkeit der Schrauben angedeutet war. Dieses in Reimen abgefaßte Schreiben enthielt die Widmung: „Gewidmet dem zuvorkommendsten und angenehmsten Hausbesitzer der Gegenwart“, auch der Abschnitt der Paketadresse enthielt einige beleidigende Bemerkungen gegen Sch. Letzterer forschte nach dem Abfender dieses Pakets und kam schließlich zu der Ansicht, daß dies ein Verwandter eines seiner Mieter, der Kaufmann Paul G. sein müsse, er stellte Antrag und hatte sich heute G. wegen Beleidigung zu verantworten. Das Paket war in Grabow am 28. Juli v. J. zur Post gegeben und will der Postbeamte, der das Paket abnahm, den G. mit aller Bestimmtheit als die Person wiedererkennen, der das Paket aufgab, ferner will der beleidigte Rentier Sch. den G. an dem Tage und zur Zeit der Aufgabe auf dem Wege von Grabow nach Stettin gesehen haben, ferner ist in dem belagerten Schreiben auf einen Streik hingedeutet, den Sch. mit den Landwirten G. hatte. Herr Hofkammerrath Hochstetter, der als Schriftführer vernommen wurde, war bei dem Vergleich der Schrift des Angeklagten mit der auf der Postsendung zu keinem bestimmten Resultat gekommen. Die beiden Schriften welchen im allgemeinen Charakter von einander ab, dagegen sehen sie sich in einzelnen Formen ähnlich. Der Gerichtshof war der Ueberzeugung, daß der Angeklagte nicht der Schreiber der beleidigenden Sendung gewesen, daß er dieselbe aber in Grabow zur Post gegeben habe. Deshalb wurde G. wegen Beleidigung des Sch. zu 100 Mark event. 10 Tagen Haft verurtheilt.

Aus den Provinzen.

Bermischtes aus Pommern. — Bütow, 13. März. In dem am 7. d. M. stattgehabten Kreistage wurde der Haushalts-Etat pro 1887—88 im vorgelegten Entwurfe festgestellt und der Verwaltungs-Bericht genehmigt. Die Kreis-Kommunalkassen-Rechnung pro 1885—86 und die Kreisparzellen-Rechnung pro 1885 wurden beschlagnahmt. Gemäß § 18 b des Kreisparzellen-Statuts wurde für 1886 den Einlegern eine Prämie von 1/2 pCt. zu gewähren beschloffen. Zum Schiedsmann für den ersten Schiedsmanns-Bezirk (Assen) wurde der Bauhofbesitzer Gohr in Kößen gewählt. Ferner wurden die Vertrauensmänner zu den Geschäften des Ausschusses in Bezug auf die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, die Mitglieder der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommission pro 1887—88 und die Mitglieder der Kommission zur Begutachtung der Klassensteuer-Reklamationen gewählt. Der Bericht des Provinzial-Ausschusses über die Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzial-Verbandes von Pommern pro 1885—86 wurde zur Kenntniß vorgelegt. — Der Chausseebau Bütow-Commeln, dessen Baukostenvertheil auf 200,000 Mark veranschlagt, ist in der letzten Kreisaußschußsitzung dem Bauunternehmer Schüßke von hier zum Mindeste von 14 pCt. unter der Anschlagssumme übertragen worden.

Stargard, 15. März. In heutiger öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird der Kommunal-Etat pro 1. April 1887—88 festgesetzt werden. Dem Vernehmen nach wird nach demselben ein Zuschlag von 180 pCt. gegen 200 des Vorjahres zu der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer erforderlich sein.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die beiden Schützen.“ Komische Oper in 4 Akten.

Donnerstag. Stadttheater: „Klaus Köppern.“ Schauspiel in 4 Akten.

Das 2. Leib-Fusaren-Regiment Nr. 2 von 1741—1886. Berlin in der Liebfischen Buchhandlung. Preis 1,20 Mark.

Allen Freunden der Kavallerie sei das kleine Buch warm empfohlen.

Kavalleristische Briefe an einen Waffen-genossen über die technischen Fragen der Bewegungsförmigen und der Führung bei Kavallerie-Divisions-Übungen. Rathenow bei M. Babenzien. 5 Mark.

Das Buch enthält höchst praktische, für jeden Reiterführer wichtige Fingerzeige und kann allen Kavallerie-Offizieren wie Reitern empfohlen werden. [32—33]

Bermischte Nachrichten.

Das Technikum Mittweida (Sachsen) wird diese Ostern das zweite Jahrzehnt seines Bestehens abschließen. Mit hoher Befriedigung darf die Anstalt auf die letzten 20 Jahre zurücksehen, ist doch die Schülerzahl eine stetig wachsende und beträgt im gegenwärtigen Wintersemester allein 562, wovon 409 die Abtheilung für Maschinen-Ingenieure und Elektrotechniker, ferner 138 die für Werkmeister und 15 Schüler verschiedene Fächer besuchen. Unter den Geburtsländern bemerken wir: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweiz, Großbritannien, Dänemark, Holland, Spanien etc., aus Asien besonders Java, aus Afrika: Kapland und Goldküste, ferner Nord- und Südamerika und Australien. Die Eltern der Schüler gehören besonders dem Stande der Fabrikanten und Gewerbetreibenden an, ein Beweis für das Vertrauen, welches das Technikum in den maßgebenden Fachkreisen genießt. Programm und Jahresbericht erhält man unentgeltlich von der Direktion des Technikum Mittweida (Sachsen).

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 15. März. Wie der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ meldet, hat Se. Majestät der Kaiser einen Tag nach der Annahme der Militärverträge im Reichstage ein Telegramm an den König in Rom gerichtet, in welchem Allerhöchstderselbe der so gut ausgefallenen Wahlen in Württemberg gedachte, welche diesen Sieg mit herbeiführen halfen.

Minister v. Mittnacht ist zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bundesraths nach Berlin abgereist.

Wien, 15. März. Das Abgeordnetenhaus lehnte in namentlicher Abstimmung den Minoritätsantrag Trojan betreffs des polyglotten Banknotentertes mit 193 gegen 82 Stimmen ab und nahm den diesbezüglichen Artikel unverändert an. Sofia, 14. März. (Telegramm des „Agence Havas“.) Wie verlautet, hätte Jankow der Pforte eine Denkschrift überreicht, in welcher er erkläre, die Verhandlungen mit der Pforte nicht fortsetzen zu wollen; er halte eine militärische Besetzung des Landes durch die Türkei für das einzige Mittel zur Herstellung der Ordnung in Bulgarien.

Boston, 14. März. Nach weiteren Ermittlungen bestand der verunglückte Personenzug der Boston-Providence-Eisenbahn aus 8 Wagen, von denen 5 von der 50 Fuß hohen Brücke herabstürzten und völlig zertrümmert wurden, 3 Wagen blieben, entgleist und stark beschädigt, auf der Brücke stehen.